

Wochenspiegel

14. – 20. Dezember 2019

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

Die Streiks gegen die geplante Rentenreform halten an und könnten auch über die Weihnachtsfeiertage den Reiseverkehr in Frankreich stark einschränken. Auch wenn die Bahngesellschaft SNCF allen Kunden mit gültiger Fahrkarte eine Lösung für die Weihnachtsfeiertage versprach, wissen rund 30% von ihnen bisher noch nicht, wie sie am Wochenende zu ihren Familien reisen werden. Um das Bahnnetz zu entlasten, verfügte Premierminister Edouard Philippe einen Erlass, der es Fahrern der Überlandbusse erlaubt, zweimal die Woche 10 statt der eigentlich erlaubten 9 Stunden zu fahren. Am vergangenen Dienstag fand der dritte Demonstrationszug seit Streikbeginn statt. Nach Angaben des Innenministeriums gingen landesweit rund 615.000 Menschen auf die Straße, die Gewerkschaft CGT sprach von Teilnehmerzahlen von bis zu 1,8 Millionen. In den letzten Tagen kam es in verschiedenen französischen Städten zu Stromausfällen, die die CGT für sich beanspruchte. Es handelte sich um eine erste Warnung, so die Gewerkschaft. Derweil stieg in der Hauptstadt Paris die Anzahl der Verkehrsunfälle in den letzten zwei Wochen um 40% an. Viele Pariser stiegen aufs Fahrrad um oder versuchten auf dem Elektroroller zur Arbeit zu kommen. Auf den Hauptfahrradwegen am Seine-Ufer stieg die Anzahl der Fahrräder um über 200% an. Da sich der Autoverkehr teilweise bis zu 600 km in und rund um die Metropole staute, kamen Krankenwagen und Feuerwehr stark verspätet zu ihren Einsatzorten. Das Verkehrsunternehmen Sytadin beobachtete zu Stoßzeiten einen Verkehrsanstieg von +90%. In der Nähe der Champs-Elysées stach eine Autofahrerin auf zwei Fußgängerinnen ein, nachdem diese ihren Fahrstil kritisiert hatten. Die Fahrerflucht gelang nicht, da Zeugen die Täterin im Stau stellen konnten.

Russland bezeichnet eine Reportage der französischen Tageszeitung *Le Monde* als Propaganda. *Le Monde* hatte Anfang Dezember einen Artikel über die Präsenz russischer Spione in den französischen Alpen veröffentlicht. 15 russische Geheimdienstler sollen ab 2014 verschiedene Städte im Département Haute-Savoie als Rückzugsort für Operationen in Europa genutzt haben.

Seit 2012 sind rund dreißig Soldaten der französischen Armee zu Terrormilizen in Syrien und Irak übergelaufen. Dies berichtet eine aktuelle Studie des Analysezentrums für Terrorismus (CAT). Der Bericht unterstreicht, dass die französischen Sicherheitsbehörden die Beobachtung von radikalisierten Soldaten deutlich verstärkt haben und die Rechtsvorschriften für behördliche Ermittlungen gegen Personen, die sich bereits im Dienst befinden, deutlich verbessert wurden.

Die Fusion von PSA und Fiat-Chrysler ist in trockenen Tüchern. Der Opel-Mutterkonzern und Fiat Chrysler steigen somit zum viertgrößten Autohersteller der Welt auf. Die neue Einheit mit mehr als 400.000 Mitarbeitern soll einen konsolidierten Umsatz von fast 170 Milliarden Euro erzielen und jährlich 8,7 Millionen Fahrzeuge der Marken Fiat, Alfa Romeo, Chrysler, Citroën, Dodge, DS, Jeep, Lancia, Maserati, Opel, Peugeot und Vauxhall verkaufen.

Arbeitsministerin Muriel Pénicaud hat bestätigt, dass der Mindestlohn zum Jahresbeginn um 1,2% steigen wird. Dabei handelt es sich um die automatische Anpassung an die Preis- und Lohnentwicklung. Eine zusätzliche Erhöhung schloss die Regierung aus. Der französische Mindestlohn wird somit ab dem 1. Januar bei 1539,42€ brutto (Stundenlohn 10,15€) liegen, was eine Erhöhung von 15€ netto pro Monat darstellt.

Ab Januar 2020 werden in Frankreich neue Verkaufsregeln für die Schmerzmittel Ibuprofen und Paracetamol eingeführt. Die Schmerztabletten waren bisher in den Selbstbedienungsregalen der Apotheken frei zugänglich. Nun sollen sie nur noch von den Apothekern nach Beratung herausgegeben werden. 2017 war in Frankreich eine Debatte losgetreten worden, nachdem eine 22-jährige an einer Überdosis an Paracetamol starb.

In einem Schreiben an den Parteivorsitzenden der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains, Christian Jacob, haben zehn Mitglieder des Parteivorstands die Strategie für die anstehenden Kommunalwahlen kritisiert. In der Kritik stehen die designierten Spitzenkandidaten in einigen Städten, die, so die Befürchtung der Unterzeichner, Wahlallianzen mit den Kandidaten der *En Marche*-Bewegung eingehen könnten. Diese seien jedoch weder mit der Parteispitze noch mit der Basis abgesprochen.



DIE ZAHL DER WOCHE

16

Infolge des Rücktritts des Rentenbeauftragten Jean-Paul Delevoye stellt die französische Regierung einen neuen Rekord auf. Durch den Wechsel von insgesamt 16 Regierungsmitgliedern wird die Regierung unter Premierminister Edouard Philippe zum instabilsten Kabinett seit Beginn der 5. Republik. Delevoye musste inmitten der derzeitigen Streiks rund um die Rentenreform zurücktreten, nachdem bekannt wurde, dass er verschiedene bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten und Mandate nicht offiziell deklariert hatte. Neuer Rentenbeauftragter wird der Abgeordnete Laurent Pietraszewski.